

Ressort: Politik

Studie: Behörden drohen Zuwanderung von Fachkräften zu bremsen

Berlin, 13.06.2014, 02:00 Uhr

GDN - Die schlechte Umsetzung des Zuwanderungsrechts durch die Behörden droht eine stärkere Zuwanderung von Fachkräften auszubremsen. Zu diesem Ergebnis kommt nach einem Bericht der "Welt" eine Studie der Rambøll Management Consulting im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums und der Deutschen Industrie und Handelskammer (DIHK).

"Der geltende Rechtsrahmen für die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte schneidet im Vergleich zu anderen Zuwanderungsländern sehr gut ab", schreiben die Experten in der 230 Seiten starken Studie. Die Lockerungen des Zuwanderungsrechts in den vergangenen zwei Jahren hätten einen "Durchbruch" gebracht. "Die Änderungen des rechtlichen Rahmens haben die notwendigen Voraussetzungen für die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte geschaffen." Allerdings seien in der Verwaltung "Fallstricke" zu erkennen, die den Zuwanderungsprozess "erheblich erschweren", monieren die Forscher. Besonders die Arbeit der Ausländerbehörden wird kritisiert. So würde die Bearbeitung von Anträgen zu lange dauern, die Behörden darüber schlecht informieren und die Möglichkeit, beschleunigt Einreiseverfahren zu vergeben, zu selten genutzt. "Insbesondere in den Ausländerbehörden fühlen sich die Fachkräfte nicht immer willkommen", schreiben die Experten. Darüber hinaus seien die Informationsangebote für ausländische Fachkräfte unübersichtlich. "Bei den an der Umsetzung beteiligten Stellen für die Schaffung einer Willkommenskultur ist ein Mentalitätswechsel erforderlich", fordern die Autoren. Ausländerbehörden sollten spezielle Einheiten für ausländische Fachkräfte einrichten und Eilverfahren für besonders dringende Fälle anbieten. "Deutschland ist auf gutem Wege, die Willkommenskultur entscheidend zu verbessern", sagte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). "Nun kommt es darauf an, die Umsetzung dieser Regelungen in der Praxis zum Erfolg zu führen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-36135/studie-behoerden-drohen-zuwanderung-von-fachkraeften-zu-bremsen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619